



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Nur per E-Mail an:

[REDACTED]@fragdenstaat.de

TEL-ZENTRALE +49 30 18615 0
FAX +49 30 18615 7010
INTERNET www.bmwi.de
BEARBEITET VON Dr. Kühne
TEL
FAX
E-MAIL
AZ IVB1-43000/004#002
DATUM Berlin, 24.07.2017

BETREFF Informationszugang nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)/Umweltinformationsgesetz (UIG)
BEZUG Ihre Anfrage vom 19. Juni 2017

Sehr geehrte [REDACTED],

mit E-mail vom 19.06.2017 haben Sie die Zusendung der Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin im Rahmen der Verbändebeteiligung zum „Entwurf eines Gesetzes zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen“ beantragt.

Hierzu ergeht folgende Entscheidung:

1. Ihr Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht gebühren- und auslagenfrei.

Begründung:

1. Ein Anspruch auf Informationszugang gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 des UIG besteht aus folgenden Gründen nicht:

Die von Ihnen gewünschte Stellungnahme ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nicht vorhanden. Das Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin – hat keine Stellungnahme abgegeben. Ihr Antrag wird daher gemäß § 3 Absatz 1 UIG abgelehnt.

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

2. Die Kostenentscheidung beruht auf § 12 Absatz 1 UIG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit Sitz in Berlin und Bonn erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Kühne

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kühne', written over the printed name 'Dr. Kühne'.